

3327/J XXI.GP

Eingelangt am: 30.01.2002

ANFRAGE

des Abgeordneten Pilz, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Inneres

betreffend Waffenexporte der Firma Armaturengesellschaft m. b. H.

Mit Inkrafttreten des neuen Bundesgesetzes über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial ist das Bundesministerium für Inneres dafür zuständige Behörde geworden.

Am 1. März 1999 trat der sogenannte "Anti-Personenminen-Vertrag" in Kraft. Nach großem Engagement zahlreicher Einzelpersonen und der österreichischen Bundesregierung wurde im Vertrag festgehalten, dass damit die Produktion, Herstellung und jegliche Hilfestellung für die Herstellung von Anti-Personenminen untersagt wird.

Am 13. Dezember 2001 kam es zu einem folgenschweren Attentat auf das indische Parlament, bei dem nach Agenturmeldungen zumindest 13 Menschen starben, und 25 weitere verletzt wurden.

Bei diesem Anschlag wurden laut Medienberichten Handgranaten benützt, die möglicherweise aus österreichischer Produktion stammen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Welche Waffenexporte mit welchen konkreten Stückzahlen der Firma Armaturengesellschaft m. b. H. (Arges) wurden seit 1990 jeweils zu welchem konkreten Zeitpunkt in den außereuropäischen Raum genehmigt?
2. Welche Exportanträge für welche Detaillieferungen wurden seit 1990 mit welcher konkreten Begründung abgelehnt?
3. Sind Lizenzverträge für Rüstungsgüter genehmigungspflichtig? Wenn ja, wurde von der Firma Armaturengesellschaft m. b. H. jemals ein derartiger Lizenzvertrag für Rüstungsgüter mit pakistanischen Unternehmen beantragt? Wenn ja, wann, mit welchem Inhalt und mit welchem konkreten Ergebnis?
4. Liegen dem Innenministerium Informationen über allfällige ausländische Produktionsstätten der Firma Armaturengesellschaft m. b. H. bzw. ihrer Konzern m Litter H. Ulbrichts Witwe vor?

5. Wurden jemals Anträge der Armaturengesellschaft m. b. H. auf Export von Produktionsstätten in den außereuropäischen Raum gestellt? Wenn ja, wann, mit welchem Inhalt und welchem konkreten Ergebnis?

6. Laut einem Bericht der Oberösterreich-Ausgabe der Kronen Zeitung vom 17.3.1999 wurden ab diesem Zeitpunkt keine Genehmigungen für den Export von Handgranaten der Firma Armaturengesellschaft m. b. H. an Pakistan mehr gegeben. Laut des damaligen Berichts mit der Begründung des Kaschmir-Konfliktes. Seit welchem konkreten Zeitpunkt wurde unter Hinweis auf den Kaschmir-Konflikt entsprechende Exportgenehmigungen nicht mehr erteilt?
7. Aus welchen Gründen wurden davor entsprechende Exporte genehmigt, obwohl der Kaschmir-Konflikt seit zwei Jahrzehnten andauert?
8. Hat sich das Bundesministerium für Inneres vergewissert, dass alle Lager- und Produktionsstätten zur Erzeugung von Personenminen geschlossen wurden?